

# **FESTSCHRIFT**

## **ZUR 4. PREISVERLEIHUNG DES INTERNATIONALEN PREISES UND DES PUBLIZISTIKPREISES DER FRIEDRICH-AUGUST-VON-HAYEK-STIFTUNG**

13. Mai 2007, Historisches Kaufhaus, Freiburg

### **Die Friedrich-August-von-Hayek-Stiftung**

Lüder Gerken  
Begrüßung

Dieter Salomon  
Grußwort

Horst Köhler  
Festvortrag

Verleihung Publizistik-Preis:

Otmar Issing  
Laudatio

Horst Siebert  
Danksagung für die Verleihung des Publizistik-Preises

Verleihung Internationaler Preis

Leszek Balcerowicz  
Laudatio

Mikuláš Dzurinda  
Danksagung für die Verleihung des Internationalen Preises

Alexander Erdland  
Schlusswort

## Lüder Gerken, Begrüßung

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

sehr herzlich begrüße ich Sie im Namen der Friedrich-August-von-Hayek-Stiftung zu unserer heutigen Festveranstaltung zur Verleihung der Hayek-Preise.

Es ist mir eine ganz besondere Freude und Ehre, dass Sie, verehrter Herr Bundespräsident Köhler, heute bei uns sind. Herzlich willkommen in Freiburg.

Ebenso freut es mich, dass Crispin Hayek, der Enkel Friedrich August von Hayeks, den Weg aus England auf sich genommen hat und uns mit seiner Anwesenheit beehrt. Auch Ihnen ein herzliches Willkommen.

Und ganz besonders möchte ich natürlich Mikuláš Dzurinda und Horst Siebert begrüßen, für die wir diese Veranstaltung ausrichten.

Meine Damen und Herren, gegründet wurde die Hayek-Stiftung aus Anlass des hundertsten Geburtstages Friedrich August von Hayeks.

Mit ihr wollen wir dazu beitragen, die Freiheit als grundlegende Existenzbedingung für unsere Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung zu festigen und zu fördern, so wie es das zentrale Anliegen Hayeks zeit seines Lebens gewesen ist.

Friedrich August von Hayek wurde 1899 in Wien geboren. Nach dem Studium ging er 1931 zunächst nach London, wo er sich während des zweiten Weltkrieges heftige Dispute mit John Maynard Keynes lieferte. 1950 wechselte er an die University of Chicago und wurde dann 1962 von der Universität Freiburg abgeworben. Hier in Freiburg starb er auch im Jahre 1992. 1974 erhielt er den Nobelpreis für Wirtschaftswissenschaften.

Wenn man das Denken Hayeks mit drei Wörtern umschreiben müßte, dann wären das ohne Zweifel: Freiheit, Markt und Wettbewerb.

Erstens: Für Hayek hat die individuelle Freiheit nicht nur das oberste Ziel der Politik, sondern insbesondere auch unabdingbare Beschränkung des politischen Gestaltungsspielraums zu sein. Es ist Aufgabe des Staates, die Freiheit des einzelnen zu schützen, und gerade nicht, in sie immer wieder ohne Rechtfertigung einzugreifen.

Zweitens: Die einzige Wirtschaftsordnung, in der die Freiheit des einzelnen gewahrt werden kann, ist die Marktwirtschaft. Außerdem entwickelt sich in der Marktwirtschaft wie in keiner anderen Wirtschaftsordnung allgemeiner Wohlstand.

Drittens: Da in der Marktwirtschaft jeder Mensch seine eigenen Ziele anstreben kann, die Mittel dafür aber knapp sind, stehen die Menschen im Wettbewerb. Dieser veranlasst sie dazu, ständig neue Möglichkeiten zu suchen, wie sie ihr Angebot an Gütern und Leistungen verbessern können. Er ist ein Entdeckungsverfahren.

Meine Damen und Herren, nicht viele Politiker vertreten diese Positionen jenseits von Sonntagsreden beharrlich und setzen sie in ihrer Politik mit aller Konsequenz um. Mikuláš Dzurinda ist ein solcher Politiker. Dafür erhält er den Internationalen Preis der Hayek-Stiftung.

In der Wissenschaft gibt es zwar deutlich mehr Verfechter der freiheitlichen und marktwirtschaftlichen Ordnung; aber nur wenige können mit dieser Überzeugung Einfluß auf die politischen Entscheidungen gewinnen sowie den Menschen in allgemeinverständlichen Worten darlegen, warum Freiheit, Markt und Wettbewerb so essentiell wichtig sind. Horst Siebert verfügt über beide Fähigkeiten. Daher verleihen wir ihm den Publizistik-Preis der Hayek-Stiftung.

Lieber Herr Dzurinda, lieber Herr Siebert, noch einmal heiße ich Sie beide in unserer Mitte besonders herzlich willkommen.

## **Dieter Salomon, Grußwort**

Sehr verehrter Herr Bundespräsident,  
verehrter Herr Altbundespräsident Professor Herzog,  
meine sehr geehrten Damen und Herren,

ich freue mich, Sie im Namen der gastgebenden Stadt im Kaisersaal begrüßen zu dürfen. Ich tue dies auch als Oberbürgermeister der Stadt, in der Friedrich August von Hayek dreißig Jahre, von 1962 bis zu seinem Tod 1992, gelebt und gewirkt hat. Er war Freiburger Bürger und emeritierter Professor der Universität Freiburg, als er 1974 mit der höchsten Ehrung ausgezeichnet wurde, dem Nobelpreis.

In Freiburg ist heute auch die Stiftung zu Hause, die seinen Namen trägt, die sein wissenschaftliches Werk weiter pflegt und dazu heute die von Friedrich August von Hayek benannten Preise verleiht. Verehrter Herr Bundespräsident, für uns Freiburger ist es eine besondere Auszeichnung, Sie aus diesem Anlass hier begrüßen zu dürfen. Seien Sie herzlich willkommen.

Es ist in Ihrer Amtszeit nicht Ihr erster Besuch; bei der Jahrestagung des Bundesverbands der Stiftungen vor zwei Jahren haben Sie mir gesagt, dass Sie gern nach Freiburg kommen. Sie sind selbst Ökonom und deshalb mit dem wissenschaftlichen Werk von Hayek, natürlich auch mit der „Freiburger Schule“ von Walter Eucken vertraut. Sie stehen den Grundsätzen und Zielen eines Friedrich August von Hayek oder eines Walter Eucken sehr nahe, insbesondere was den engen Zusammenhang zwischen Freiheit und Wettbewerb als Fundament dessen angeht, was wir heute Marktwirtschaft – in Deutschland: Soziale Marktwirtschaft – nennen.

Als Freiburger Oberbürgermeister darf man mit Recht auch stolz darauf sein, dass dieser Begriff hier in Freiburg von Walter Eucken geprägt worden ist und von hier aus mit dem Namen Ludwig Erhard Anwendung in der praktischen Politik gefunden hat. Nun sprechen wir heute aber über Friedrich August von Hayek; er hat in den Fünfziger Jahren in Chicago gelehrt, als Eucken hier in Freiburg tätig war. Später, in den Siebzigern, als er nach Freiburg gekommen ist, hat Hayek den Ansatz der Freiburger Schule in einer umfassenden Theorie über die Funktionsbedingungen marktwirtschaftlicher Ordnungen und über die Grundlagen freiheitlicher Gesellschaftsordnungen insgesamt erweitert.

Meine Damen und Herren, wenn wir nun wiederum eine Generation weiter, in unsere heutige Zeit hinein denken: Was bedeutet dies in einer sich rapide verändernden Welt, in der Ökonomie längst nicht mehr national ist, wenn Kapitalanleger mit freundlichen oder feindlichen Übernahmen in Jahrzehnten gewachsene Strukturen von Großunternehmen auf den Kopf stellen? In einer Welt, in der schon Mittelständler global agieren, und in der die Bindung eines Unternehmens an den tradierten Standort nur noch eine nachrangige Rolle spielt? Vor allem: In der „Markt“ als Platz des Handels und damit des Wettbewerbs mehr und mehr zu einer virtuellen Auktionsplattform im Internet wird?

An den beiden Säulen Freiheit und Wettbewerb hat sich damit nichts verändert. Meine Damen und Herren, lassen Sie mich in diesem Zusammenhang ein Wort zitieren, das ich vor fast 20 Jahren zum ersten Mal von Helmut Schmidt bei einem Vortrag in diesem Saal gehört habe. „Märkte sind wie Regenschirme. Sie funktionieren dann, wenn sie offen sind“.

Herr Professor Herzog hat bei der letzten Preisverleihung der Hayek-Preise im November 2005 an dieser Stelle als Laudator davon gesprochen, dass Marktwirtschaft und Wettbewerb um so besser funktionieren, je mehr Menschen sich daran beteiligen. Die Offenheit des Marktes – wie beim Regenschirm – ist also die dritte Säule einer funktionierenden Marktwirtschaft.

Lassen Sie mich als Oberbürgermeister eine Brücke zur Politik schlagen. Wettbewerb und Freiheit sind bis heute nur bedingt Leitlinien bei staatlichem oder städtischen Handeln gewesen. Über viele Jahre, in denen sich öffentliches Handeln gewissermaßen ohne eigenes Zutun aus dauerndem Wachstum finanziert hat, bestand dafür auch keine Notwendigkeit, und bis heute gibt es Kernbereiche, in denen Wettbewerbsprinzipien auch nicht greifen können.

Aber, meine Damen und Herren, eine Stadtreinigungs-GmbH mit kommunaler Mehrheitsbeteiligung ist nicht mehr konkurrenzlos. Sie steht im Wettbewerb, weil es aus gutem Grund keine Privilegierung und keine wettbewerbsfreien Reservate öffentlicher Unternehmen mehr gibt. Gut so! Uns – und hier spreche ich für die Kommunen, in denen zwei Drittel aller öffentlichen Leistungen verantwortet werden – uns tut diese Entwicklung gut. Sie ist für manche schmerzhaft, sie erfordert viele Umgewöhnungsprozesse und den Abschied von liebgewordenen Strukturen. Manch altgedientem Stadtrat ist es auf den ersten Blick unverständlich, weshalb man die Stromversorgung in den städtischen Schulen jetzt ausschreiben soll, wenn es doch ein städtisches Energieversorgungsunternehmen gibt. Wenn im Ergebnis aber damit Geld – und zwar Geld der Bürgerinnen und Bürger – gespart werden kann, dann ist es einsichtig.

Wir stellen uns diesem Wettbewerb, damit wir unsere Leistungen weiterhin aufrecht erhalten können. Ich rede hier nicht einer totalen Privatisierung öffentlicher Leistungen das Wort. In bestimmten Bereichen sollen öffentliche oder teilöffentliche Unternehmen in der Daseinsfürsorge erhalten bleiben: Öffentlicher Nahverkehr, Ver- und Entsorgung, Kinderbetreuung und vieles andere mehr. Man muss aber in jedem Einzelfall genau hinschauen, ob es Private nicht besser und preisgünstiger machen können. Wenn wir öffentliche Leistungen rechtfertigen wollen, müssen wir auch den Beweis antreten, dass die öffentliche Hand und ihre Beteiligungen diese Leistungen besser und wirtschaftlicher erbringen können als andere. Das Ziel für die öffentliche Hand in Gestalt einer Stadt heißt: Wir müssen besser werden, schneller, schlanker, effizienter, denn die Bürgerschaft hat Anspruch darauf, für ihre Steuern und Gebühren eine bestmögliche Leistung zu bekommen. Dieses Ziel erreichen wir nur über Wettbewerb.

Meine Damen und Herren, hier schließt sich wieder der Kreis zu Friedrich August von Hayek. Freiheit – die Freiheit des Zugangs – heißt im Sektor des öffentlichen Handelns: Wir können uns keine Reservate mehr leisten, in denen ohne Kostenbewusstsein so gewirtschaftet wird wie seit hundert Jahren, denn die öffentliche Hand wirtschaftet nicht mit selbstverdientem Geld, sondern treuhänderisch mit dem Geld der Bürgerinnen und Bürger.

Dabei bleibt ein Kernbereich des originär staatlichen und kommunalen Handelns, der nicht zur Disposition gestellt werden kann: Hoheitliches Handeln, Verteidigung, Polizei, Finanzverwaltung, soziale Aufgaben und einiges mehr. Ich denke allerdings, dass dieser Kernbereich deutlich kleiner ist als manche es heute noch reklamieren.

Meine Damen und Herren, dies sind die Botschaften, die Hayek und mittelbar auch Walter Eucken uns und der Politik für heute mit auf den Weg geben. Lassen Sie mich deshalb zum eigentlichen Anlass zurückkommen. Die Hayek-Stiftung zeichnet heute mit Herrn Ministerpräsident a.D. Dzurinda und Herrn Professor Siebert zwei Persönlichkeiten aus, die diese Prinzipien bewusst vertreten haben. Für Herrn Dzurinda gilt, dass er sie auch in staatliches Handeln in seinem Heimatland Slowakei umgesetzt und damit den Umbau einer Planwirtschaft in eine Marktwirtschaft schneller und auch erfolgreicher eingeleitet hat, als dies in anderen Ländern gelungen ist.

Ich darf Ihnen im Namen der gastgebenden Stadt dazu herzlich gratulieren.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

### **Horst Köhler, Festvortrag**

Wir sind heute zusammengekommen, um Mikuláš Dzurinda und Horst Siebert mit dem "Friedrich-August-von-Hayek-Preis" zu ehren. Ich freue mich sehr darüber, das mitzuerleben und grüße die beiden herzlich.

Allerdings muss ich, lieber Herr Dzurinda, lieber Horst Siebert, denn doch darauf hinweisen, dass Hayek selber solchen Ehrungen gegenüber offenbar ziemlich skeptisch war. Als ihm der Nobelpreis verliehen wurde, sagte er in seiner Tischrede: "Wäre ich gefragt worden, ob ein Nobelpreis für Ökonomie ins Leben gerufen werden soll: Ich hätte nein gesagt." Hayek befürchtete, solche Auszeichnungen könnten ihre Träger allzu einflussreich werden lassen. Er hielt wohl Preisverleihungen im Grunde für einen unerlaubten Subventionstatbestand in der "Ökonomie der Aufmerksamkeit".

Nun, immerhin hat Hayek den Nobelpreis denn doch angenommen. Und immerhin geht wissenschaftlichen Auszeichnungen ja Wettbewerb voraus - der Wettbewerb der Ideen. Auch darum lässt sich vom Hayek-Preis sagen: Er ist für die Ausgezeichneten ein redlicher Gewinn und eine Bereicherung für uns alle.

Der Kern der Hayekschen Philosophie ist sein positives Menschenbild, das auf die Kraft der Freiheit baut und den Menschen in den Mittelpunkt stellt - mit all seinen Talenten und Ideen und mit seinem Drang nach Selbstverwirklichung. Den Staat sieht Hayek in einer dienenden Funktion: Er muss die Rahmenbedingungen sichern, unter denen die Freiheit und die schöpferischen Kräfte der Menschen sich entfalten können. Hayek hegte ein tiefes Misstrauen gegen die Illusion staatlicher Planbarkeit. Nicht nur, weil sie seinem Menschenbild widersprach, sondern auch, weil er davon überzeugt war, dass ein so komplexes System wie der Markt, der von den Präferenzen und Entscheidungen einer unüberschaubaren Zahl von Akteuren bewegt wird, sich nicht steuern lässt. Hayek warnt: Da führt jeder staatliche Eingriff ins Marktgeschehen, und sei er noch so klein, unweigerlich dazu, dass immer neue und immer stärkere Interventionen nötig werden.

Wir wissen heute, wie berechtigt diese Befürchtung im Kern ist und wie schwer der Ausbruch aus der Spirale staatlicher Eingriffe fällt. Staatliche Regulierungen – mögen sie noch so gut gemeint sein und in der Regel sind sie gut gemeint – bergen tatsächlich immer die Gefahr, die Freiheit und damit die schöpferische Kraft der Bürger einzuschränken. Hayeks Philosophie bleibt eine ständige Mahnung, sich der eigenen Unwissenheit bewusst zu bleiben, statt dem Wahn zu verfallen, das Wirtschaftsleben ließe sich en detail planen und lenken.

Ist diese Botschaft in unserer Gesellschaft angekommen, ist sie lebendig und stark? Manchmal muss man es bezweifeln. Viel zu viele hängen der Illusion an, mit staatlichen Eingriffen aller Art und vor allem mit einer Fülle von gesetzlichen Einzelfallregelungen ließe sich Gerechtigkeit programmieren. Nicht zuletzt deshalb hat sich die durchschnittliche Seitenzahl des Bundesgesetzblattes seit den 60er Jahren mehr als verdoppelt. Es scheint, als ob unser Bedürfnis, mit rechtlichen Vorgaben Sicherheit und Einzelfallgerechtigkeit zu schaffen, parallel zu unserem Wohlstand gewachsen ist. Immer neue Lebensbereiche haben wir mit immer komplizierteren Regelungen versehen. Herausgekommen ist ein Regulierungsungetüm, das der Eigeninitiative und der Kreativität der Menschen in unserem Land den Atem zu nehmen droht. Deshalb ist die Vereinfachung von Steuer- und Sozialsystemen eben nicht nur um ihrer Überschaubarkeit und Anwendbarkeit willen nötig, sondern sie ist geboten, weil man heute oft gar nicht mehr beurteilen kann, was das geltende Recht noch an Gerechtigkeit bewirkt.

Zu den unbequemen Wahrheiten gehört freilich auch, dass wir alle im Glashaus sitzen: Oft und gern wird der "schlanke Staat", werden der Abbau von Subventionen, Steuervergünstigungen und Privilegien gefordert: Nur bei sich selbst will damit meist niemand anfangen.

Knapp 60 Milliarden Euro geben Bund und Länder laut Subventionsbericht der Bundesregierung immer noch pro Jahr für Finanzhilfen und Steuervergünstigungen aus. Am meisten profitiert davon die Wirtschaft. Konkrete Vorschläge von Unternehmerseite zum Abbau von gewerblichen Subventionen höre ich jedoch noch immer zu selten. Zwar hat sich schon etwas getan, weil die Wirtschaft erkannt hat, dass sie mehr erreicht, wenn sie eigene Vorschläge macht. Aber insgesamt geschieht mir das noch zu zögerlich. Wer nach mehr Eigenverantwortung von Studenten, Arbeitnehmern und Rentnern ruft, kann nicht gleichzeitig Subventionen und staatlichen Wettbewerbsschutz für sich selbst in Anspruch nehmen wollen. Da ist ordnungspolitisches Denken durchaus egalitär: es fordert Privilegienfreiheit für alle.

Immerhin: Nach meinem Eindruck schwingt das Pendel allmählich in die Richtung, die Hayek gewiesen hat, zurück. Das lässt sich ablesen an Forderungen wie der nach einem aktivierenden Sozialstaat, der eher vorsorgt als versorgt. Das war auch die Grundidee der Agenda 2010, die Bundeskanzler Schröder aufgelegt hat; und ich glaube, dass die Richtung dieser Agenda zutreffend ist. Wir können jetzt erleben, dass Teile dieser Reformen sich auch schon positiv niederschlagen; und das sollten wir anerkennen. Auch setzt die Reformpolitik der letzten Jahre neben den Pflichten des Staates vor allem auch auf die Pflicht des Einzelnen zur Selbstverantwortung und Eigenleistung. Hayeks Ideen gewinnen sozusagen verlorene Marktanteile zurück.

Das ist erfreulich, aber Hayek würde mir zustimmen, wenn ich sage: ein Monopol dürfen sie natürlich nicht bekommen. Nichts läge ihm ferner als die Forderung, seine Lehre zu kanonisieren und ohne Rücksicht auf die volkswirtschaftlichen Traditionen eines Landes überall zum obersten Gesetz zu erheben. Hayek hat seine Maximen sehr grundsätzlich und in der geistigen Auseinandersetzung mit den Totalitarismen des 20. Jahrhunderts entwickelt. Er hat es mit Klarheit und Schärfe getan. Aber es ist bestes Hayeksches Verhalten, auch Hayeks Lehre selbst beständig wissenschaftlich zu überprüfen und für die gegebene politische Wirklichkeit und die Präferenzen der Bürger fortzuentwickeln. Beidem hat sich die Hayek-Stiftung verschrieben, und ich bin dankbar dafür.

Unser Land befindet sich derzeit in einer Aufschwungphase. Die Wirtschaft wächst, die Nachfrage steigt, es entstehen neue Arbeitsplätze. Wir sollten uns wirklich darüber freuen. Aber es darf kein Grund sein, in unseren Anstrengungen nachzulassen. Vielmehr bietet dieser neue Schwung eine glänzende Gelegenheit dafür, mit Hayekschen Argumenten die Konstitution unserer Volkswirtschaft nachhaltig zu stärken. Denn eine ganze Reihe von strukturellen Problemen dieser Volkswirtschaft haben wir noch nicht behoben. Dafür, für die Fortsetzung der Reformarbeit zur nachhaltigen Verbesserung der Konstitution unserer Volkswirtschaft, ist viel Erklärungsarbeit nötig. Darum ist es gut, dass die Friedrich-August-von-Hayek-Stiftung auch einen Publizistik-Preis ausgelobt hat.

Und für eine Stärkung der sozialen Marktwirtschaft lässt sich vorzüglich mit Hayek argumentieren: Wenn "die Moral des Marktes" - der Begriff stammt von Hayek selbst - in Gefahr ist, dann ist staatliches Handeln sehr wohl gefordert. Noch einmal Hayek: "Der Liberalismus lehrt, dass wir den bestmöglichen Gebrauch von den Kräften des Wettbewerbs machen sollen, ... er lehrt aber nicht, dass wir die Dinge sich selber überlassen sollen. ... Ein reibungslos arbeitendes Konkurrenzsystem braucht so gut wie jedes andere einen klug durchdachten und seinen Erfordernissen fortlaufend angepassten rechtlichen Rahmen." Wer also meint, Ordnungspolitik sei gleichbedeutend mit Regellosigkeit, der hat Hayek gründlich missverstanden.

Das gilt auch im globalen Maßstab. Fünf Milliarden von insgesamt sechseinhalb Milliarden Menschen auf diesem Planeten leben heute in den Schwellen- und Entwicklungsländern. Trotz großer Unterschiede entwickelt sich die Wirtschaft in vielen dieser Länder mit bemerkenswerter Geschwindigkeit. Die Menschen, die dort leben, verbessern mit Fleiß und Wissen ihr eigenes Leben und tragen zugleich zum Wohlstand der ganzen Welt bei. Es ist ein Segen, dass sich dank Globalisierung unzählige Menschen aus bitterster Armut emporarbeiten können. Und dann kann es nicht verboten sein, dass sie dadurch den internationalen Wettbewerb beleben und uns herausfordern, wacher, kreativer und schneller zu werden.

Die stärkere Vernetzung unserer Gesellschaften und Volkswirtschaften macht es aber auch erforderlich, dass wir eine internationale ordnungspolitische Vision entwickeln, die diesen neuen Gegebenheiten Rechnung trägt. Wir brauchen auch auf internationaler Ebene Spielregeln, die einen fairen Wettbewerb sichern und allen die Chance geben, ihr Wissen und ihre Fähigkeiten einzubringen. Leider gibt es noch keine wirkliche Ordnung der Freiheit in der Globalisierung. Zwar gibt es zahlreiche Normen und Absprachen, doch sie sind lückenhaft und inkonsistent - von einer schlüssigen weltweiten Ordnungspolitik kann jedenfalls noch nicht die Rede sein. Ich denke dabei auch an einen Bereich, der gar nicht primär ökonomisch ist, den der Anerkennung internationaler Gerichtshöfe. Das wird noch sehr unterschiedlich gesehen. Aber wir brauchen eben auch eine Rechtsprechung, die die Ordnung der Freiheit interpretiert und anwendet.

Obendrein setzen wir in der internationalen Politik allzu oft die falschen Akzente, weil wir einzelne Ergebnisse bestimmen wollen, statt allgemeingültige Spielregeln festzulegen. Nehmen Sie beispielsweise die Handelspolitik. Da regeln wir detailliert Zollhöhen und Quoten, Ursprungslandkriterien und Produktionsverfahren, anstatt uns auf allgemeine Grundsätze für einen fairen Umgang und eine freiheitliche Wirtschaftsordnung zu konzentrieren, wie beispielsweise freien Marktzugang und Rechtssicherheit. Jeder verteidigt seine Partikularinteressen und feiert seine kleinen Vorteile dann auch noch als nationalen Erfolg. Zu Unrecht, denn die verdeckten Kosten dieser billigen Siege tragen in der Regel überall die Verbraucher - in Form höherer Preise, schlechterer Qualität oder teurer Verwaltung. Und insgesamt kann man sogar sagen, dass diese verdeckten Kosten im schlimmsten Fall auch Armut und Perspektivlosigkeit begründen.

Ich finde, es ist gut, dass es den Friedrich-August-von-Hayek-Preis gibt, schon deshalb, weil er die Messlatte für gute Wirtschaftspolitik hoch hält. Und wir haben heute zwei Preisträger, die im besten Sinne für anspruchsvolles theoretisches und publizistisches Schaffen und auch für wirksames politisches Handeln in Wirtschaft und Gesellschaft stehen. Dass sie heute diesen Preis entgegen nehmen, ist für mich auch ein Grund zur Zuversicht: Gute Ideen können es durchaus schaffen, im Ringen um gute Politik gehört zu werden und sich durchzusetzen. Ich danke Ihnen.

### **Otmar Issing, Laudatio**

„Die Nationalökonomie, oder wie es heute heißt, -mik, ist für viele so dürr und trocken wie eine kalte Cholla in der Wüste von Kakutania, ausgedörrt auf das karge Gerippe mathematischer Formeln und ohne einen Schuß Humor. Bereits in ihren Kinderjahren begannen die Ökonomen mit sauertöpfischer Miene und den Prognosen von Malthus und Mill als „dismal science“, als Wissenschaft der Trübsinnigkeit, und in langen Wellen versprechen sie in Neuauflagen von Grusicals frankensteinscher oder transsylvanischer Dimension das Ende der Welt, den stationären Zustand und höchst selten das Goldene Zeitalter. Der homo oeconomicus, mit einer n-dimensionalen Budgetgeraden im Kopf, immer den Vektor aller möglichen Preise abtastend, die Terminmärkte beäugend und auf Arbitrage dräuend, mit einer Latte von Restriktionen vor Augen, die erwarteten Renditen immer wieder neu kalkulierend: dieser homo oeconomicus hat für den Humor wohl keine Zeit.“

So schreibt Orestes V. Trebeis im Vorwort der von ihm herausgegebenen Nationalökonomologie, einem Band mit amüsanten, geistreichen Beiträgen zur Ökonomie und deren Vertretern. Sie werden fragen, was das mit dem hier zu Ehrenden zu tun hat? Nun, hinter dem Pseudonym, unschwer zu erkennen, verbirgt sich der Preisträger Prof. Dr. Horst Siebert. Diese Sätze charakterisieren ihn als einen der – gerade in Deutschland – seltenen Ökonomen, die nicht nur über Humor verfügen, sondern diesen auch zeigen, und zwar auch in Fachpublikationen.

Stirnrunzelnd fragen die Kollegen, die Humorlosigkeit mit Ernsthaftigkeit verwechseln: Darf man das überhaupt, ohne die Seriosität des Wissenschaftlers aufzugeben? Darüber hinaus: Gilt es nicht immer noch im Zweifel als Ausweis wissenschaftlicher Qualität, wenn der geschriebene Text möglichst schwer daherkommt, jedenfalls nicht gleich auf Anhieb zu verstehen ist? Mit dieser Attitüde beraubt sich der Ökonom der Chance, mit dem eigenen Wort die breitere Öffentlichkeit zu erreichen und den Gang der Dinge zu beeinflussen. Nicht dass die intrinsische Beschränkung auf die Fachwelt zu kritisieren wäre. Die überwiegende Zahl der Wirtschaftswissenschaftler ist der Öffentlichkeit nicht bekannt, daran ist nun gar nichts auszusetzen. Und nach meinem Urteil, das manche ein Vorurteil nennen mögen, wäre es besser, der eine oder andere Ökonom wäre weit weniger bekannt.

Die öffentliche wirtschaftspolitische Debatte in Deutschland leidet gewiss nicht an einem Überangebot an Wissenschaftlern, die ohne Kompromiss im fachlichen Urteil ihre Argumente verständlich und überzeugend vor einer breiten Öffentlichkeit darzulegen vermögen. Dafür bedarf es der in eigener Forschung erworbenen Reputation unter den Fachkollegen und der Fähigkeit, auch schwierige Sachverhalte eingängig formulieren zu können.

Horst Siebert erfüllt diese Voraussetzungen in einer Weise, dass das Wort vom Spagat unangebracht wäre. Wissenschaftliche Publikationen und allgemeinverständliche Beiträge gehen bei ihm seit vielen Jahren Hand in Hand. Sein Ansehen im Fach begründen unzählige Veröffentlichungen und eine Breite des Oeuvres, wie es nur wenige Ökonomen aufzuweisen haben. Als „Umweltökonomie“ noch eher eine exotische Randerscheinung war, hat er schon grundlegende Werke zu diesem Thema veröffentlicht. Sein Buch „Economics of the Environment“ ist 2005 in 6. Auflage erschienen und ins Chinesische wie Japanische übersetzt. Wer sich fundiert über Umweltprobleme, falsche und richtige Lösungsansätze informieren will, sollte dieses Werk studieren. Wie oft hört man den Vorwurf, die Ökonomen trügen nichts oder jedenfalls zu wenig zum Verständnis der Welt bei. Wie wäre es stattdessen mit dieser Erklärung: Wer sich erst einmal auf die rationale Argumentation des Ökonomen einlässt, verliert die Aura des Missionars, der die Welt zu retten verspricht. Wer will sich das schon antun?

In der Außenwirtschaftstheorie belegen seine Ausnahmestellung Aufsätze in den führenden Fachzeitschriften und erfolgreiche Lehrbücher – die „Außenwirtschaft“ z.B. ist in 6. Auflage erschienen. Ich will es mit diesen Hinweisen bewenden lassen. Ich will auch gar nicht erst rätseln, wie und wann er das alles geschrieben hat und, seien Sie versichert, er schreibt selbst. Wo andere die Veröffentlichungen zählen, stehen bei ihm die Seitenzahlen des Schriftenverzeichnisses. Die Stationen seiner wissenschaftlichen Tätigkeit reichen von den USA bis nach Australien. Nach der Emeritierung gibt er sein Wissen an junge Menschen an der Johns Hopkins Universität zu Bologna weiter.

Heute ehren wir den Wissenschaftler, der in allen nur denkbaren Positionen und Funktionen die öffentliche Debatte in Deutschland über wichtige wirtschaftspolitische Fragen geprägt hat. Als langjähriger Präsident des Instituts für Weltwirtschaft an der Universität Kiel und als Mitglied des Sachverständigenrates, um nur diese beiden Ämter zu nennen, hat er höchste wissenschaftliche Ansprüche und Präsenz in den Medien in bewundernswerter Weise vereint.

Statt den aussichtslosen Versuch zu unternehmen, die einzelnen Gebiete zu nennen, auf denen er tiefe Spuren hinterlassen hat, möchte ich nur die Titel einiger Bücher nennen, die sein Geschick im Umgang mit der Öffentlichkeit offenbaren:

- „Das produzierte Chaos. Ökonomie und Umwelt“ (1973)
- „Das Wagnis der Einheit“ (1992)
- „Geht den Deutschen die Arbeit aus?“ (1985)
- „Jenseits des sozialen Marktes“ (2005)
- „Der Kobra-Effekt. Wie man Irrwege der Wirtschaftspolitik vermeidet“ (2001)

Stellen Sie sich vor, Sie stehen in der Buchhandlung, würden Sie nicht zwangsläufig zu einem dieser Titel greifen? Das erste Kapitel in dem zuletzt genannten Werk sollte zur Pflichtlektüre für alle in der Politik Verantwortlichen – und auch für manche Ökonomen – erklärt werden. Wer diese Seiten unvoreingenommen liest, kann nicht mehr gutgläubig für marktwidrige Eingriffe und eine interventionistische Wirtschaftspolitik plädieren. Ich weiß von keinem anderen Buch, in dem so einsichtig die Wirtschaft als System erläutert wird, in dem die Millionen von Individuen aus eigenem Nutzenkalkül heraus auf die gesetzten Anreize reagieren. Ich selbst habe die Lektüre Nicht-Ökonomen empfohlen und durchweg die Meinung gehört: „Jetzt verstehe ich zum ersten Mal, was es mit der Ökonomie auf sich hat.“

Lieber Herr Siebert, ich wüsste von keinem Ökonomen der in der Fachwelt höchstes Ansehen genießt und gleichzeitig erfolgreich wirtschaftspolitische Vernunft in der Öffentlichkeit propagiert und Unvernunft anprangert wie Sie. Wer Sie und Ihre Energie kennt, der weiss, dass dieser Preis nicht das Ende einer erfolgreichen Karriere krönt, sondern allenfalls Aufmunterung beim Innehalten auf einer Zwischenstation bedeutet. Das jedenfalls wünschen nicht nur die zu Ihren Ehren hier Versammelten.

### **Horst Siebert, Danksagung für die Verleihung des Publizistik-Preises**

Sehr verehrter Herr Bundespräsident,  
sehr verehrter Herr Altbundespräsident,  
lieber Herr Issing,  
lieber Herr Gerken,  
meine sehr verehrten Damen und Herren,

herzlich danken möchte ich für diese Ehrung durch den Friedrich-August-von-Hayek-Preis. Ich sage Dank Herrn Altbundespräsident Herzog, der Jury und Herrn Issing für die liebenswürdige Laudatio. Ich freue mich sehr, dass meine wissenschaftliche Arbeit mit dem herausragenden Namen von Hayek in der Wirtschaftswissenschaft und der Sozialphilosophie in Verbindung gebracht werden darf.

In der Verfassung der Freiheit schreibt Hayek:

„Es wird auch nicht mein Ziel sein, ein ins Einzelne gehendes Programm der Politik zu bieten, sondern vielmehr die Kriterien darzustellen, nach denen beurteilt werden muss, ob sich die einzelnen Maßnahmen in ein System der Freiheit einordnen lassen.“

Einzelne wirtschaftspolitische Instrumente – sagen wir des Arbeitsmarktes – an diesem Kompass zu messen, also daran, dass – wie es bei Hayek heißt – der „Zwang auf einige von Seiten anderer Menschen so weit herabgemindert ist, als dies im Gesellschaftsleben möglich ist“, –dies ist eine höchst komplexe Aufgabe. Ich war eher im Vorfeld dieser Hayek’schen Frage tätig.

Angefangen hat diese Arbeit im Vorfeld bei mir damit, dass wir als Studenten in den Vorlesungen in Köln bei Theodor Wessels und Alfred Müller-Armack eine andere, einfachere Testfrage als die Hayek'sche Frage nach der Einordnung in Bezug auf die Freiheit zu hören bekamen, nämlich: „Ist die Maßnahme marktkonform?“ Diese Frage wird heute in Deutschland nicht mehr gestellt – sie ist völlig vergessen. Ohnehin ist das Fach „Wirtschaftspolitik“ mit seiner beachtlichen Tradition inzwischen aus dem Kanon deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Fakultäten weitgehend herausgenommen worden.

Das Studium in Köln hat bei mir eine tiefe Neugier in die Funktionsweise der Marktwirtschaft geweckt, die – neben meinen eher theoretischen Interessen – Antworten verlangte. Eucken und die Freiburger Schule waren uns als Kölner Studenten wohl geläufig; ich war einer unter etwa 5000 Studenten, die Theodor Wessels einen Fackelzug brachten, um ihn zu bewegen, einen Ruf nach Freiburg nicht anzunehmen – und der Fackelzug hatte Erfolg, Wessels wurde kein Freiburger. Mit Karl Popper beschäftigte ich mich dann in Mannheim – beeinflusst durch den Kollegen Hans Albert –, die Auseinandersetzung mit Hayek begann im Wesentlichen in Kiel.

Obwohl: Hayek war in vielen Facetten schon vor meiner Kieler Zeit präsent. Dass die Zentralplanung zusammenbrechen musste – davon waren wir als junge Menschen überzeugt. So wurde mir in einem Artikel, den ich im Jahr 1972 im Weltwirtschaftlichen Archiv des Kieler Instituts für Weltwirtschaft über die Kriterien der Arbeitsteilung zwischen sozialistischen Volkswirtschaften veröffentlichte, klar, dass dieser Ansatz einer Arbeitsteilung von oben, die auf der Marx'schen Arbeitswertlehre aufbauen wollte, nicht funktionieren konnte. Mit der Institutionen-Ökonomie kamen von Svetozar Pejevitch und Erik Furobotn, – zwei Kollegen, denen ich in meinem Jahr an der Texas & M University begegnete –, und vielen anderen wie Douglas North die Freiburger Ideen von der Ordnung der Wirtschaft in amerikanischer Interpretation über den Atlantik zurück. Die Verknüpfung dieser institutionellen Sicht wirtschaftlicher Strukturen und Prozesse mit der Idee des Allgemeinen Gleichgewichts schärfte den Blick für Interdependenzen, für Zusammenhänge, – also für die Tatsache, dass Marktprozesse letztlich wie ökologische Systeme funktionieren und neue institutionelle Regelungen erst nach langen Fristen, oft nach zehn oder zwanzig Jahren, ihre volle Wirkung entfalten, und sich Eingriffe des Staates an Stellen bemerkbar machen, an denen man partout nicht mit ihnen gerechnet hat.

Gestützt wurde meine skeptisch-distanzierende Betrachtungsweise durch drei Aspekte: Zum einen durch das Prinzipal Agent Paradigma, gemäß dem ein Prinzipal versucht, einen Vertrag zu schreiben, mit dem er die Verhaltensweise des Agenten beeinflussen will. Ein Beispiel ist der Politiker, der die Regeln für die Marktteilnehmer setzt. Es gibt eine unendliche Schwierigkeit, solche Verträge oder institutionelle Regeln zu konzipieren und die richtigen Anreize zu setzen. Die Arbeitsweise von Gosplan im Verhältnis zu den staatlichen Betrieben war ein schlagendes Beispiel. Zum anderen kam die Vorstellung der rationalen Erwartungen auf, gemäß der aufgeweckte und alerte Marktteilnehmer die Wirkung eines wirtschaftspolitischen Instruments antizipieren, sich darauf einstellen und so oft die Politik ins Leere laufen lassen. Zum Dritten hatte ich früh ein prägendes Erlebnis, als ich als junger Ordinarius in Mannheim bei der Zwischenprüfung eine Klausur für etwa 800 Studenten in Form einer multiplen Auswahl – multiple choice – zu stellen hatte. Prämiiert wird dabei die Durchschnitts- und Normalassoziation. Wehe, ein Student dachte an Nebenbedingungen, hatte sozusagen unerlaubte Assoziationen. In der Tat kamen nachher Studenten zu mir und stellten unangenehme, aber berechnete Fragen.

Da wurde mir klar, dass ich als Fragensteller nicht in der Lage war, alle Assoziationen der Studenten zu antizipieren. Wie sollte dann der auf Regulierungsdetails versessene Wirtschaftspolitiker über hinreichende Information darüber verfügen, wie die Menschen auf seine Maßnahmen reagieren? Was sich ein Schwejk mit Chuzpe, Einfallsreichtum und mit Phantasie, eine „bonne“ Molières mit gesundem Menschenverstand oder ein Faust aus dem Faust II mit Tatendrang bei institutionellen

Regeln des Staates denken und wie sie darauf reagieren - das können die Amtstuben und die Parlamente nicht ahnen. Hier sind wir bei dem Punkt angelangt, den Hayek die Anmaßung des Wissens nennt. Bei ihm heißt es „ ... dass kein menschlicher Verstand all das Wissen umfassen kann, das das Handeln der Gesellschaft lenkt“.

Es lag nahe, diese Frage der institutionell definierten Anreize auf den Ausbau des Sozialstaates auszudehnen und zu fragen, welche Anreizwirkungen von den institutionellen Regelungen auf das Verhalten der Menschen ausgehen. Das gab dann den Anstoß zum Kobra-Effekt, der bereits in den neunziger Jahren in meinen Reden vorkam und dann zu einem Buchtitel wurde – ich verdanke die Anekdote meiner Erinnerung nach Tyll Necker. Die Story geht wie folgt:

„Zu Zeiten der englischen Kolonialverwaltung soll es in Indien einmal zu viele Kobras gegeben haben. Um der Plage Herr zu werden, setzte der Gouverneur eine Prämie pro abgelieferten Kobra-Kopf aus. Die Inder sollten also Kobras einfangen. Wie reagierten sie? Sie züchteten Kobras, um die Prämie zu kassieren.“

Im Ausbau des Wohlfahrtsstaats sind viele dieser Kobra-Effekte angelegt, und in einzelnen Bereichen hat das Fach bereits die richtigen Begriffe gefunden, wie den Erwartungs- oder Anspruchslohn – den „reservation wage“ –, der durch die soziale Absicherung bestimmt wird und das individuelle Verhalten bei der Suche und bei der Annahme eines Arbeitsplatzes festlegt. Wir können sicher sein, dass die Politik bei der nun geplanten Ausgestaltung des Mindestlohns und – man will es nicht glauben – einer Mindestlohnbehörde weitere Kobra-Effekte in unser System einbaut.

Nun wirft all dies die Frage auf, inwieweit die in unseren institutionellen Regelsystemen enthaltenen Fehlanreize inzwischen so stark geworden sind, dass sie – wenn dieser Konjunkturzyklus wieder vorbei ist – die Leistungsfähigkeit der Marktwirtschaft, Arbeitsplätze zu schaffen und die Wertschöpfung zu erhöhen – auf Dauer negativ beeinflussen. Die Beziehung zwischen der Leistungsfähigkeit der Volkswirtschaft und der sozialen Absicherung würde dann einer Glockenkurve folgen, bei der ab irgendeinem bestimmten Punkt der positive Zusammenhang aufhört und danach die Kurve eine negative Steigung aufweist: Ein Mehr an sozialer Absicherung geht dann mit einem Verlust an Wachstum und Beschäftigung einher.

Man kann einen Schritt weiter gehen und fragen, inwieweit dieser Zielkonflikt in der sozialen Marktwirtschaft zwangsläufig systemendogen ist. Denn die Politik hat in Deutschland über drei und mehr Jahrzehnte die Eigenschaften des Medianwählers, der das Zünglein an der politischen Waage der Wahlentscheidungen ist, markant verändert. Während die Zahl der Transferempfänger Anfang der siebziger Jahre bei 11,2 Millionen Personen lag und die Zahl der Lohnsteuerzahler bei 20,6 Millionen, hat sich diese Relation mittlerweile mit 30,8 Millionen Transferempfängern und 25,7 Millionen Lohnsteuerzahlern gewaltig verschoben. Damit wird deutlich, dass innerhalb der sozialen Marktwirtschaft ein endogener Prozess abläuft, der die politische Nachfrage nach sozialer Absicherung mehr und mehr vergrößert.

Ob diese Entwicklung korrigiert werden kann, hängt davon ab, inwieweit Volkswirtschaften mit ihren institutionellen Regeln lernfähig sind, vor allem, wie sie auf exogene Schocks – wie die zunehmende Integration bevölkerungsreicher Schwellenländer wie China und Indien in die Weltwirtschaft – reagieren, wie sie auf interne Veränderungen – wie die Alterung der Bevölkerung – antworten und inwieweit innovative und korrigierende institutionelle Impulse von regionalen Integrationen wie der Europäischen Integration ausgehen.

Neben dieser Frage nach der Endogenität eines internen Widerspruchs der sozialen Marktwirtschaft enthält die Hayek'sche Definition der Freiheit als

„Zustand der Menschen, in dem Zwang auf einige von seiten anderer Menschen so weit herabgemindert ist, als dies im Gesellschaftsleben möglich ist“

noch reichhaltig Platz für ökonomische Analysen und intellektuelle Debatten, denn in dem Zusatz „...als dies im Gesellschaftsleben möglich ist“ steckt manch intellektueller Sprengstoff. Diese Definition der Freiheit eröffnet die Perspektive auf negative externe Effekte und öffentliche Güter – in der Definition der Ökonomen – bis hin zur globalen Klimaerwärmung und auf die Frage, wie diese Phänomene in das Gedankengut der Ökonomen zu integrieren sind.

Dabei sind jede Menge Anreizprobleme zu lösen. Bis dies alles geschafft ist, werden wir noch viele Irrwege der Wirtschaftspolitik bei uns und in anderen Ländern sehen. Lassen Sie mich deshalb mit einem herrlichen Spruch Erich Kästners schließen:

Irrtümer haben ihren Wert  
Jedoch nur hie und da  
Nicht jeder, der nach Indien fährt  
Entdeckt Amerika.

Ich danke Ihnen.

### **Leszek Balcerowicz, Laudatio**

Dear Mr. Federal President, Mr. Prime Minister, Ladies and Gentlemen,

The transformation of Slovakia and the political activity of Mr. Dzurinda are very strongly interwoven, as he has shaped his country.

Mr. Dzurinda was born in 1955 in the east of Slovakia. He graduated from Zilina University of Transport and Communication, from which he obtained his scientific degree of the candidate of science in 1988. After having worked as an economic analyst at the Transport Research Institute at Zilina during 1979-1988, he became director for information technologies at the regional directorate of Czechoslovak railways in Bratislava. It is from this professional position that he entered the political life of a new democracy, that of then existing Czechoslovakia. He entered the Christian Democratic Movement, a party founded in 1990. After the first free elections in Czechoslovakia held in 1991 he became Deputy Minister of Transport and Post of the Slovak Republic. In 1992 he was elected member of the Slovak National Council. On 1 January 1993 Czechoslovakia peacefully dissolved into two separate states, the Czech Republic and Slovakia. At that moment Mr. Dzurinda held the post of Deputy Chairman of his party for Economic Affairs. Between March and October 1994 he was Minister for Transport, Post and Public Works in the short-lived coalition government of Josef Moravcik.

Between 1 January 1995 and the end of 1998 Slovakia was ruled by Vladimir Meciar. During that time Mr. Dzurinda was active in the opposition. Meciar's rule is remembered by its demagogic and confrontational style, both in domestic and foreign policies. During that time Slovakia became a pariah of Europe. Economic policy was very populist: consumption and economic growth were fuelled by expansionary policies, at the cost of rapidly growing imbalances and the growing risk of economic collapse: Here are some figures:

- Private consumption soared from 1 % in 1994 to over 9 % in 1996;
- Government consumption increased by 11 % in 1996 and 6 % in 1998; the ratio of public spending to GDP reached 52 % in 1996;
- Investment fuelled by credits from state-owned banks grew by 30 % in 1996 and 14 % in 1997. This led to the accumulation of bad debts in the banks.

- The budget deficit exploded: it was 1,8 % in 1995 and between 7 and 8 % in 1996 and 1997.
- The current account moved from a surplus of 2,6 % of GDP in 1995 to the deficit of 9 % during 1996-1997.

The policy in place was hence one of accelerating consumption pleasures and of delaying the pains of necessary restructuring measures at the cost of aggravating them. Such a policy must have been popular among many groups in society and must have presented quite a challenge for the opposition.

However, the opposition was consolidating and Mikulas Dzurinda played a crucial role in it. Five opposition parties created the Slovak Democratic Coalition and Mr. Dzurinda became first its spokesman, and later in July 1998 its Chairman. This shows his capacities as a team builder and as a leader.

To build and maintain any political coalition is a very demanding task. To build and maintain a reformist coalition is an extremely demanding challenge. It is this mission of fundamental reforms in Slovakia, which Mr. Dzurinda accomplished with great success, skill and courage from the beginning of 1999 till June 2006. The opposition had won the elections in September 1998 and Mr. Dzurinda became Prime Minister of Slovakia on 1 January 1999. He inherited a hugely overheated economy which badly needed a restructuring. So his government focused on macroeconomic stabilisation and corporate reforms:

- Fiscal deficit was reduced through the combination of spending cuts and increases in indirect taxes. However in 2000 corporate income tax sank from 40% to 28 %;
- Banks were first financially restructured and then privatised;
- Privatisation in other sectors of the economy was accelerated, too.

In an economy where problems are suppressed but not solved, where society lives at the costs of the future, the healing program reveals the painful reality. Exactly this was the case in Slovakia between 1999 and 2002:

- GDP growth declined to 0,3 % in 1999 and 0,7% in 2000 but then increased again;
- Inflation jumped from 6,7 % in 1998 to 12 % in 2000 due to increases of previously suppressed administrative prices and of indirect taxes. However, it fell to 7 % in 2001;
- The rate of unemployment pushed down during 1995-1998 by expansionist policy and by the neglect of enterprise restructuring exploded. It grew from 12,6 % in 1998 to about 19 % in 2002.

It is a proof of his great leadership skills that Mr. Dzurinda maintained the government coalition and pursued the economic therapy. What is equally impressive, is that he emerged as a victor of the elections in September 2002 and as a leader of a more cohesive reformist coalition consisting of four parties. As a result he could continue his job as a Prime Minister of Slovakia. Based upon previous reforms and on the restored international credibility, Slovakia was invited to become a member of NATO in November 2002, and completed the EU membership negotiations in December of that year. This firm political base enabled Mr. Dzurinda's team and government to introduce further and even more comprehensive and radical reforms which have dynamised Slovakia's economy and have set new standards for liberal reforms in Europe:

- The economy was further deregulated, including a liberalisation of the labour code;
- Social benefits were restructured, so as to curb their abuse, (Sozialbetrug in German) and to strengthen the incentives to work, especially among people with low skills;
- The health service was reformed, including the introduction of co-payments by patients;

- The retirement age was increased from 60 years for men and 55 years for women to the uniform 62 years. Even more fundamentally, a mandatory funded system was introduced in 2005;
- The tax system was reformed in a radical and comprehensive way. Most of tax privileges were eliminated and all the main taxes: VAT, Corporate Income Tax and Personal Income Tax obtained just one rate, that of 19 %. This introduced an enormous simplicity to the tax system, saving a lot of time and greatly improving its incentive effects;
- The courts were reformed in order to increase their efficiency. And we in Poland are looking at Slovak reforms in this respect.

The results of these reforms have been impressive:

- Slovakia was recognised in 2005 by the World Bank as the world's top reformer in improving the business climate;
- The disposable income of the majority of poor people visibly increased;
- GDP growth increased to over 5% in 2004, 6% in 2005 and 8% in 2006;
- Foreign direct investment surged;
- The excessive fiscal position of the state was greatly reduced. The ratio of budgetary spending to GDP declined from a peak of almost 52 % in the year 2000 to 35,7 % six years later.

Even the best reforms, reforms which are in society's best interests, are subject to popular critique in most countries. I don't know if there is any exception.

This was also the case in Slovakia as was reflected in the results of elections in July 2006.

However, Mr. Dzurinda's own party, he created his own party in the year 2000, – the SDKV – improved its electoral results: it obtained 15,1% in 2002 and 18,4% in 2006.

This shows his skills as a democratic political leader. And if not for the conflicts in the reforms coalition, it could have continued to govern Slovakia under Mr. Dzurinda's leadership. This belies the popular thesis that reforms unavoidably lead to electoral defeat because of so called "reform fatigue". But certainly to reform the country and to win elections requires knowledge, character as well as great leadership and communication skills.

Mr. Dzurinda has shown these characteristics to an impressive extent.

And one should remember that he is a marathon runner. So one should expect further stages in his political career.

A great reformist politician gains and uses political power in order to reduce that part of this power which hurts the people and to strengthen another part – that which improves their prospects. In other words a great reformist politician extends individuals freedom while strengthening their responsibility and the rule of law.

Such reforms represent the right direction.

Mr. Dzurinda is certainly a great reformist leader and I have been greatly honoured to have had the opportunity to present the surely incomplete list of his achievements.

Thank you for your attention.

**Mikuláš Dzurinda,**

### **Danksagung für die Verleihung des Internationalen Preises**

It is a great honour for me to receive this award today. And your laudatio fills me with a deep satisfaction. Because the laudatio speaks about the ideas that we put into practice.

This award does not belong to me alone. This award belongs to my entire reform team, headed by my Minister of Finance, Ivan Miklos. And in particular this award belongs to my compatriots and to Slovakia.

My childhood and two thirds of my life I lived under a regime called socialism. Still, my upbringing was dominated by faith and responsibility. And something, which is usually called "common sense". All this helped me later to understand and fully accept what Friedrich Hayek described in facts and in science.

All this helped me to believe in the power of freedom, democracy, human personality, activity and diligence as the basis for hope and prosperity of nations and wider human communities.

The path which Slovakia took after the Velvet revolution in 1989 was very difficult, but also an unusually meaningful one.

Only 15 years ago we were making tanks and weapons for the entire Warsaw pact. And we were not making any personal cars. Today, we're making no tanks, but almost a million cars a year. Russian weapons were replaced by German, French and even Korean car factories. But also by thousands of Slovak small and medium-size enterprises.

This is how much Slovakia has changed. The road we passed during the transformation era, was neither smooth nor straightforward. There were hesitations, there were falls.

The ultimate breakthrough towards the successful present came 9 years ago, when the people entrusted us with the administration of public affairs. The time had come for stabilising the economy, deregulating prices, restructuring banks and for privatisation. Then, after 2002, after another election victory, the time had come for deep reforms. These put Slovakia in great economic shape, with a strong economic growth, half the unemployment, close to introducing the Euro.

The story of my country is the best confirmation for Hayek's theory that „the socialists are wrong in their facts“. The price for socialism was the strong pain in the transition period, unrealistic expectations of people, but also a deep fall in real wages in the first two years after the beginning of the reforms.

Slovakia wrote a success story of a country that changed from totalitarianism and stagnation into a modern, prosperous state. This happened mainly because we believed in what Friedrich Hayek wrote in his work *The Fatal Conceit*. The errors of Socialism: „the conflict between a market order and socialism is nothing else but a question of survival. If we followed the road of socialist morale, the majority of mankind would be destroyed and out of the rest, the majority would be beggars“.

Hayek's words are still valid today and not only for Slovakia. Reforms are needed not only in countries that want to transit from totalitarianism to freedom, but also in countries heavily indebted, unable to fund their pension schemes, countries that were fooled by the illusion of the so-called „welfare state“. Reforms are also needed in the oldest European democracies, which gave in to the tendency towards comfort, which were misled by the illusion that no competition can threaten them. The entire EU needs

reforms today. To cope with global competition and to be able to react to new global mega-challenges be they related to the economy, security or climate.

I believe we need more honest, fair and just politics in Europe. More openness and less pretence. We shouldn't scare people with our reform experience, we should share our experience to apply the good things and beware of errors. We need more cooperation, more integration but we also need more internal competition. We need new efficient rules but also less bureaucracy.

I understand the German Chancellor Angela Merkel's call for the EU to move towards common armed forces. However I'm also worried to see the pressure exercised by some politicians to harmonise taxes.

The flat tax rate in Slovakia is by no means tax dumping. The revenue from corporate tax has not decreased after the introduction of the flat tax. Just the opposite, it increased. Taxes in combination with the social system serve not only to catch up with the best, but also as a tool for internal competition that shall push the entire EU forward.

Thus the response to Slovak flat tax should not be embodied in administrative measures. The response should lie in reforms also in those countries that today are at the top in Europe. The response should lie in reforms focused on education, science and research, innovation and information technologies.

I do believe that investment into education is the most efficient – it will help us to face the globalising world, but also to differentiate what is right and what is wrong, what is moral and just on one hand and what is immoral and harmful on the other. What is valuable and promising and what is populist and opportunistic. Or, in other words, what is social and what is socialistic.

Europe efficient, modern, competitive but also Europe of culture, tolerance and education is a vision worth following.

Ladies and gentlemen, thank you once again for these wonderful and precious moments!

### **Alexander Erdland, Schlußwort**

Sehr geehrter Herr Bundespräsident, Herr Oberbürgermeister, werte Preisträger, sehr geehrter Herr Altbundespräsident Professor Herzog als Vorsitzender unseres Kuratoriums und der Jury, meine Damen und Herren, liebe Freunde der Hayek-Stiftung,

sehr wertvolle Gedanken, klare Botschaften, auch ein Stück Humor und vor allem große überzeugende Persönlichkeiten haben wir in dieser Feierstunde erlebt, in dem Spektrum zwischen den Grundüberzeugungen Hayeks und den aktuellen ökonomischen Herausforderungen unserer Zeit.

Es ist mir eine besondere Freude und Ehre, nun im Namen der Stifterin der Hayek-Stiftung die Schlussworte sprechen zu dürfen.

1999, dem Jahr, in dem Hayek 100 Jahre alt geworden wäre, hat die Württembergische Versicherung diese Stiftung ins Leben gerufen und mit einem Kapitalstock ausgestattet. Inzwischen ist die Wüstenrot Bausparkasse und Bank unter dem gemeinsamen Dach der Wüstenrot & Württembergische AG (W&W) dazugekommen, auch die Karlsruher Versicherung gehört seit jüngstem zur W&W.

Mit insgesamt 16.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern betreuen wir 6 Millionen Kunden in Deutschland im Bedarfsfeld der privaten Vermögensbildung, des Eigenheims, der privaten Vorsorge und des Risikoschutzes bis hin zur privaten Krankenversicherung. Für uns, für unsere Branche, für sämtliche Unternehmen und für alle Bürger sind stabile, aber auch erfolgsversprechende politische Rahmenbedingungen mit ausreichenden individuellen Freiheitsgraden entscheidend, damit Ideen, Leistungsfähigkeit und Engagement umgesetzt werden können in neue Erfolge, in Wachstum, Beschäftigung, Wohlstand und Zufriedenheit.

Deshalb war es richtig, diese Stiftung in Erinnerung an die Grundbotschaften des Nobelpreisträgers Friedrich August von Hayek ins Leben zu rufen, um so immer wieder Impulse zu geben für die Förderung und Festigung der Grundlagen unserer freiheitlichen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung. Ich freue mich deshalb auch besonders, dass meine Vorgänger im Vorstandsvorsitz heute alle mit hier sind, die Herren Georg Büchner, Georg Mehl und Gert Haller. Ihnen haben wir das Entstehen und die Weiterentwicklung der Hayek-Stiftung zu verdanken.

Für mich persönlich gibt es noch einen zweiten Grund zur Freude, heute hier bei der Preisverleihung der Hayek-Stiftung vor Ihnen stehen zu dürfen. Ich bin ein Stückchen stolz darauf, ein Schüler von Professor Wolfgang Stützel zu sein, der bei Walter Eucken studiert hat, dem Begründer der Freiburger Schule und Wegbereiter Hayeks. Stützel hat mich in seinen Vorlesungen über Ordnungspolitik, über die langfristige Wirkung wirtschaftspolitischer Instrumente, mit der Einbeziehung der Rechtswissenschaften in die Wirtschaftswissenschaften immer wieder begeistert. Heute kommt die Ordnungspolitik an den rechts- und wirtschaftswissenschaftlichen Fakultäten viel zu kurz. So dürfen wir uns nicht wundern, dass Politik und Wirtschaft oft als kurzfristiger Aktionismus wahrgenommen werden. Stützel ging es um den großen Rahmen; er kam von der Mikro- zur Makroökonomie, nicht umgekehrt; Zählen, Messen, Wiegen waren seine Ausgangsbasis. Hinzu kam das Faszinosum des Verbalen, richtige Grundsätze müssen eben auch lebendig und faszinierend vermittelt werden.

Stützel zitierte Hayek oft, unter anderem den Beleg, dass sozial gut gemeinte Eingriffe in die Marktwirtschaft am Ende oft ungemein unsoziale Resultate hervorbrachten. Und er verwies gern auf Hayeks Kritik an sogenannten „Wiesel-Wörtern“, womit er den oft missbräuchlichen Gebrauch von „Gerechtigkeit“ oder „sozial“ meinte, wichtige Anliegen, für die es aber keine eindeutige Festlegung gibt, so dass oft Täuschung, Missbrauch oder Illusionen mit dem Einsatz solcher Begriffe einhergehen.

Hayek hat mit dazu beigetragen, dass nach dem 2. Weltkrieg in Deutschland die Auseinandersetzung zwischen zentraler Plan- und Marktwirtschaft zugunsten der Marktwirtschaft ausging. Die Menschen haben damals bei hohen Wachstumsraten die Vorteile daraus in ganzer Breite gespürt und anerkannt.

Heute müssen wir mit Positionen von Hayek dafür eintreten, dass die Marktwirtschaft nicht von innen umgestülpt wird und neue Generationen auch unter anderen Bedingungen die Vorteile der Marktwirtschaft verstehen, anerkennen und sich zu eigen machen können. Es gibt nur noch geringe Wachstumsraten und gleichzeitig eine globale Vernetzung der Wirtschaft. Oft werden Verwerfungen der Marktwirtschaft angekreidet, obschon gerade diese Verwerfungen die Folge der Außerkraftsetzung marktwirtschaftlicher Zusammenhänge sind.

Die Unternehmer sind hier in besonderer Weise gefordert, mit gutem Beispiel voran zu gehen, Unternehmenspolitik immer wieder verständlich zu erläutern, sie kontinuierlich zu gestalten, Handlungsstau zu vermeiden, um keine Brüche entstehen zu lassen, Augenmaß zu wahren, Vorbild auch persönlich zu sein, um Vertrauen zu schaffen und zu festigen. Werte entstehen nicht nur an der Börse.

Meine Damen und Herren, ich gratuliere Herrn Dzurinda zu seiner Auszeichnung, für Mut, für Kompetenz, für Courage bei der grundlegenden Erneuerung seines Landes. Ich gratuliere Herrn Professor Siebert für die gedankliche Klarheit, mit der er immer wieder marktwirtschaftliche Zusammenhänge darstellt und verständlich macht.

Von ganzem Herzen danke ich dem Herrn Bundespräsidenten, dass er heute diese Veranstaltung durch sein Dabeisein und seine eindrucksvolle Ansprache gekrönt hat. Sie haben dieser Preisverleihung, sehr geehrter Herr Bundespräsident, in besonderer Weise Glanz und Würde verliehen.

Meine sehr verehrten Damen, meine Herren, in Deutschland spüren wir Aufbruchstimmung. Neuer Optimismus, neuer Mut, neue Initiativen kommen auf. Die Intention der „Ruck-Rede“ von Bundespräsident Herzog erhält neue Chancen, doch umgesetzt zu werden. Mehr Mut zur Veränderung, mehr Vertrauen in die eigenen Kräfte und mehr Verantwortungsbewusstsein werden spürbar, „sozial“ wird immer öfter auch wieder als persönliche Solidarität lebendig, als freiwillige Bereitschaft zu geben, aber auch als Verpflichtung, zurückzugeben.

Als Beispiel nenne ich das Ergebnis eines Workshops bei uns, an dem auch viele jüngere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter teilgenommen haben, zur Erarbeitung unseres Unternehmensleitbildes. Es kam zu der gemeinsamen Erkenntnis,

- dass wir den Kunden in den Mittelpunkt stellen,
- dass wir Spitzenleistungen schaffen,
- dass wir Verantwortung übernehmen,
- dass wir Teamgeist erlebbar machen und
- dass wir Courage zeigen für das Neue.

Meine Damen und Herren,

Friedrich-August von Hayek hätte, ich bin sicher, seine Freude an dieser Veranstaltung gehabt, trotz seiner grundlegenden Skepsis, zu viel des Lobes könne auch korrumpieren.

Ich danke Ihnen allen, dass sie heute hier sind, ich danke denjenigen, die diese Veranstaltung vorbereitet und ihr einen so schönen Rahmen gegeben haben, der Jury, den Musikern, den Helferinnen und Helfern bei der Organisation, allen voran Herrn Dr. Gerken. Wir hören jetzt noch einen Konzert-Walzer, nach dessen Ausklingen sie alle noch sehr herzlich zu dem festlichen Empfang eingeladen sind. Genießen Sie das Beisammensein noch ein Stück, hier im schönen Freiburg, der Heimat des Namensgebers unserer Stiftung.